

Überregionaler Pressespiegel 07.02.2012

Neues Deutschland | 07.02.2012

Gemeinsam in Dresden

Aufruf an Migranten, sich an Nazi-Blockaden zu beteiligen

Berlin (nd-Drescher). Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Never again fascism. Never again war. Aldrig mer fascism! Aldrig mer krig! Faşizme hayır, savaşa hayır!! Deutsch, Englisch, Schwedisch, Türkisch - in insgesamt 16 Sprachen wurde der diesjährige Blockadeaufruf des Bündnis »Dresden nazifrei« übersetzt, um möglichst viele Menschen zu erreichen und von der Notwendigkeit des antifaschistischen Widerstands gegen die Naziaufmärsche in Sachsens Landeshauptstadt zu überzeugen.

Mit dem gleichen Ziel riefen am Montag in Berlin die türkischstämmigen Bundestagsabgeordneten Aydan Özoguz (SPD), Sevim Dagdelen (LINKE) und Memet Kilic (Grüne) speziell Migranten auf, sich an den geplanten Aktionen des Blockade-Bündnisses am 13. und 18. Februar in Dresden zu beteiligen. »Hier müssen alle Demokraten zusammenstehen. Alle Parteien, aber auch alle Bürgerinnen und Bürger müssen ein deutliches Zeichen setzen«, so Aydan Özoguz. Sevim Dagdelen sagte: »Wir wollen die türkischsprachige Gemeinschaft dazu aufrufen zu kommen.« In einer gemeinsamen Erklärung heißt es: »Wir werden das Bündnis »Dresden nazifrei!«, das die Neonaziaufmärsche in Dresden blockieren will, wie bereits in den letzten beiden Jahren unterstützen. Nicht nur aus aktuellem Anlass der rassistischen Mordserie der Nazi-Terrorgruppe NSU, ist es wichtig, den Neonazis keinen Millimeter Raum in Dresden zu schenken. Deshalb unterstützen wir die bunte, lautstarke und friedliche Blockade gegen die Neonazis!«

Auch die hessische Linkspartei kündigte am Montag ihre erneute Teilnahme an den Protesten an und kritisierte die Kriminalisierung der Proteste durch die Aufhebung der Immunität ihrer beiden Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Janine Wissler und Willi van Ooyen. »Die LINKE ruft alle Demokratinnen und Demokraten auf, sich am 13. und 18. Februar an den Blockaden gegen die Aufmärsche der braunen Horden in Dresden zu beteiligen«, so Landesvorsitzende Heidemarie Scheuch-Paschkewitz.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/217750.gemeinsam-in-dresden.html>

ähnliche Artikel

Süddeutsche Zeitung

<http://www.sueddeutsche.de/N5Y383/455564/Aufruf-gegen-Neonazis.html>

Tagesspiegel | 07.02.2012

Extrem resigniert

Zum „Gedenken“ an die Zerstörung Dresdens 1945 mobilisieren Neonazis nur zurückhaltend.

Berlin - Erstmals seit Jahren kann Dresden hoffen, im Februar vom einem der bundesweit

größten rechtsextremen Aufmärsche verschont zu bleiben. Nach Informationen des Tagesspiegels verzichtet die NPD offenbar darauf, am 18. Februar selbst eine Demonstration in der sächsischen Hauptstadt zu veranstalten, nachdem die Gruppierung Junge Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) Ende Januar die Anmeldung für diesen Termin und zwei weitere Daten zurückgezogen hatte. Es gebe keine Pläne, für die JLO einzuspringen, sagte am Montag Thorsten Thomsen, Sprecher der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag und Mitglied im Landesvorstand der Partei. In den vergangenen Jahren waren bis zu 6500 Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland nach Dresden gekommen, um an einem Wochenende auf ihre Weise an die Zerstörung der Stadt durch alliierte Bomber im Februar 1945 zu erinnern.

Die Absage eines zentralen Termins im Aufmarschkalender deuten Sicherheitskreise als Resignation in der Szene. 2010 und 2011 hatten Tausende bürgerliche und linksradikale Nazigegner mit Blockaden die Großdemonstration der Rechtsextremen verhindert. „Die Neonazis haben Angst, sich ein drittes Mal zu blamieren“, sagte ein Experte. Einige Fachleute meinen auch, angesichts der Debatte um ein weiteres Verbotverfahren gegen die NPD, zumal vor dem Hintergrund möglicher Verbindungen zur Thüringer Terrorzelle, agiere die Parteispitze vorsichtig.

Ganz erspart bleiben wird Dresden das rechtsextreme „Gedenken“ an die Bombennächte aber vermutlich nicht. Für den 13. Februar, den Jahrestag des Beginns der Luftangriffe, hat ein sächsischer Neonazi für ein „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ eine Demonstration angemeldet. Sicherheitskreise erwarten etwa 1500 Rechtsextremisten sowie 500 gewaltbereite Linksradikale, die den Aufmarsch blockieren wollen. Viel mehr Teilnehmer könnten beide Szenen an einem Montag wahrscheinlich nicht auf die Straße bringen, hieß es. Im vergangenen Jahr waren am 13. Februar, einem Sonntag, ungefähr 1400 Rechtsextremisten auf einer kleinen Strecke nahe dem Hauptbahnhof marschiert. Am darauffolgenden Samstag kamen dann mehr als doppelt so viele Neonazis. Die meisten wurden von Blockaden aufgehalten, einige Rechtsextremisten konnten jedoch einen linken Treffpunkt attackieren. Außerdem randalierten Autonome.

Die Propaganda der NPD vor dem diesjährigen „Gedenken“ sei auffällig mager, sagten Sicherheitsexperten. Auf der Liste der Unterstützer für das braune „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ stehen lediglich die NPD-Kreisverbände Dresden und Krefeld. Als weiteres Indiz für den Versuch der Partei, in Dresden nicht mehr als nötig aufzufallen, werten Sicherheitsexperten den Verzicht von Holger Apfel, dem neuen Chef der Bundespartei, auf eine Ansprache bei der Demonstration am kommenden Montag. In früheren Jahren hatten Apfel und der damalige NPD-Chef Udo Voigt in Dresden Reden gehalten. Da die NPD jetzt aber auch nicht die mit ihr in Teilen verbündete Neonaziszene brüskieren will, sollen Eckart Bräuniger, Mitglied des Vorstands der Bundespartei, und Olaf Rose, der dem Gremium einst angehört hat, am Montag zu den „Kameraden“ sprechen.

„Wir hoffen, dass der rechte Spuk in diesem Jahr deutlich kleiner ausfällt“, sagte der Sprecher der Stadtverwaltung, Kai Schulz. Er sieht jedoch wie auch Sicherheitsexperten die Gefahr, dass Rechtsextremisten im Fall einer Blockade ihrer Demonstration am 13. Februar doch noch einen weiteren Aufmarsch anmelden oder andere Provokationen inszenieren. Auch in diesem Jahr ruft wieder das „Bündnis Dresden Nazifrei“, unterstützt von vielen Prominenten, zu Blockaden auf. Wegen früherer Aktionen sind gegen mehrere bekannte Nazigegner Strafverfahren anhängig. Die Polizei will am 13. wie am 18. Februar mit jeweils 4500 Beamten in Dresden präsent sein.

<http://www.tagesspiegel.de/politik/extrem-resigniert/6169508.html>

Gemeinsam stark

Im vergangenen Jahr kamen Busse mit Antifaschisten unter anderem aus Schweden, Polen, Österreich und der Schweiz nach Dresden, um gemeinsam mit den Dresdnern und aus der gesamten Bundesrepublik angereisten Blockierern den Naziaufmarsch zu verhindern. Auch zahlreiche Migranten waren darunter. Antifaschismus ist international und muss nicht nur über Alters-, Einkommens- und mögliche Partei- und Weltanschauungsgrenzen hinwegreichen, soll er erfolgreich sein. Auch die Grenze zwischen Mehrheitsgesellschaft und Migranten, die seit 60 Jahren mit sogenannten Integrationsdebatten hartnäckig aufrecht erhalten werden soll, muss aktiv eingerissen werden. Mehr noch, als dies bereits versucht und getan wird. Im Protest liegt nicht nur die Chance, Nazis oder auch Rechtspopulisten zu zeigen, dass sie hier nicht willkommen sind. Die Zusammenarbeit von Migranten und »deutschen« Antifaschisten könnte auch ein Beispiel für eine inklusive Gesellschaft geben. Eine Gesellschaft, die nicht nur nach Anpassung der Migranten ruft, sondern praktisch demonstriert, dass mit gegenseitiger Anerkennung, einem Zusammenwirken auf Augenhöhe mehr gewonnen ist. In Zukunft sollte es deshalb nicht nur »gemeinsam blockieren« heißen, sondern auch möglichst oft »gemeinsam organisieren«.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/217743.gemeinsam-stark.html>

Thierse warnt vor Kriminalisierung von Sitzblockaden gegen Neonazis

Thierse: Sitzblockaden sind nach dem Grundgesetz zulässig und geschützt

Dresden (dapd-lsc). Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) hat friedliche Sitzblockaden gegen Neonazis verteidigt und vor einer Kriminalisierung gewarnt. Gewaltfreier, ziviler Ungehorsam dürfe in einer rechtsstaatlichen Demokratie nicht kriminalisiert und als linksextremistisch diskreditiert werden, schrieb Thierse in einem Beitrag für die "Sächsische Zeitung" (Dienstausgabe). Sitzblockaden seien nach dem Grundgesetz zulässig und geschützt. Kriminalisierungsversuche in der Vergangenheit hätten dazu beigetragen, dass sich Neonazis "ungehindert ausbreiten konnten".

Deren Aufmärsche in Dresden seien binnen weniger Jahre zum größten Neonazitreffen Europas geworden. In Dresden versuchen Neonazis seit Jahren, das Gedenken an die Bombardierung der Stadt am 13. Februar 1945 für ihre politischen Zwecke zu nutzen. Sachsen Innenminister Markus Ulbig (CDU) lehnt Blockaden als Protestform strikt ab. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Thierse-warnt-vor-Kriminalisierung-von-Sitzblockaden-gegen-Neonazis-artikel7898288.php>

DEUTSCHLAND today | 07.02.2012

Kritik am Vorgehen der Sächsischen Polizei und Justiz

Erfurt (Fraktion Die Linke THL) - Der durch das Komitee für Grundrechte und Demokratie e. V. Anfang Februar vorgelegte Bericht bestätigt nach Ansicht des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, die Kritik am Vorgehen der Sächsischen Polizei und Justiz gegen Menschen, die sich friedlich und erfolgreich bereits zweimal dem größten Nazi-Aufmarsch Europas widersetzen.

„Zum einen wird offenbar, dass durch die Überwachungsmaßnahmen der Teilnehmer der Versammlung jedes demokratische und rechtsstaatliche Maß überschritten wurde. Die Autoren der Untersuchung stellen aber auch klar, dass der Versuch, ein Bild von gewalttätigen Demonstranten zu zeichnen, mit der Realität zehntausender friedlich Demonstrierender nichts zu tun hat. Es wird auch deutlich, dass die Verweigerung der Versammlungsfreiheit durch die Polizei die Konfrontationen erst hervorgerufen hat“, so Ramelow.

DIE LINKE fühlt sich durch den Untersuchungsbericht bestärkt, auch weiterhin für die Unterstützung der diesjährigen Proteste in Dresden gegen die angekündigten Nazi-Aufmärsche am 13. und 18. Februar aufzurufen.

„Nazis dürfen keine Möglichkeit erhalten, ihre menschenverachtende Ideologie auf die Straßen Dresdens zu tragen. Die Teilnahme an den Protesten gegen den jährlichen Naziaufmarsch in Dresden zeigt, dass sich viele Menschen in einer politischen Mitverantwortung zur Verhinderung des Neonazismus sehen, die nicht deshalb endet, weil Staatsanwaltschaften diese Engagierten mit Grundrechtseinschränkungen und Strafverfahren bedecken“, so Ramelow.

Der Untersuchungsbericht steht im Internet unter

http://www.grundrechtekomitee.de/sites/default/files/Dresden-Bericht-30_01_2012.pdf zur Verfügung.

http://www.dtoday.de/regionen/mein-today/parteien_artikel.-Kritik-am-Vorgehen-der-Saechsischen-Polizei-und-Justiz-_arid,131197.html

Potsdamer Neuste Nachrichten | 07.02.2012 | Frank Jansen

Extrem resigniert

Zum „Gedenken“ an die Zerstörung Dresdens 1945 mobilisieren Neonazis nur zurückhaltend

Berlin - Erstmals seit Jahren kann Dresden hoffen, im Februar vom einem der bundesweit größten rechtsextremen Aufmärsche verschont zu bleiben. Nach Informationen des Tagesspiegels verzichtet die NPD offenbar darauf, am 18. Februar selbst eine Demonstration in der sächsischen Hauptstadt zu veranstalten, nachdem die Gruppierung Junge Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) Ende Januar die Anmeldung für diesen Termin und zwei weitere Daten zurückgezogen hatte. Es gebe keine Pläne, für die JLO einzuspringen, sagte am Montag Thorsten Thomsen, Sprecher der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag und Mitglied im Landesvorstand der Partei. In den vergangenen Jahren waren bis zu 6500 Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland nach Dresden gekommen, um an einem Wochenende auf ihre Weise an die Zerstörung der Stadt durch alliierte Bomber im Februar 1945 zu erinnern.

Die Absage eines zentralen Termins im Aufmarschkalender deuten Sicherheitskreise als Resignation in der Szene. 2010 und 2011 hatten Tausende bürgerliche und linksradikale Nazigegner mit Blockaden die Großdemonstration der Rechtsextremen verhindert. „Die Neonazis haben Angst, sich ein drittes Mal zu blamieren“, sagte ein Experte. Einige Fachleute meinen auch, angesichts der Debatte um ein weiteres Verbotsverfahren gegen die NPD, zumal vor dem Hintergrund möglicher Verbindungen zur Thüringer Terrorzelle, agiere die Parteispitze vorsichtig.

Ganz erspart bleiben wird Dresden das rechtsextreme „Gedenken“ an die Bombennächte aber vermutlich nicht. Für den 13. Februar, den Jahrestag des Beginns der Luftangriffe, hat ein sächsischer Neonazi für ein „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ eine Demonstration angemeldet. Sicherheitskreise erwarten etwa 1500 Rechtsextremisten sowie 500 gewaltbereite Linksradikale, die den Aufmarsch blockieren wollen. Viel mehr Teilnehmer könnten beide Szenen an einem Montag wahrscheinlich nicht auf die Straße bringen, hieß es. Im vergangenen Jahr waren am 13. Februar, einem Sonntag, ungefähr 1400 Rechtsextremisten auf einer kleinen Strecke nahe dem Hauptbahnhof marschiert. Am darauffolgenden Samstag kamen dann mehr als doppelt so viele Neonazis. Die meisten wurden von Blockaden aufgehalten, einige Rechtsextremisten konnten jedoch einen linken Treffpunkt attackieren. Außerdem randalierten Autonome.

Die Propaganda der NPD vor dem diesjährigen „Gedenken“ sei auffällig mager, sagten Sicherheitsexperten. Auf der Liste der Unterstützer für das braune „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ stehen lediglich die NPD-Kreisverbände Dresden und Krefeld. Als weiteres Indiz für den Versuch der Partei, in Dresden nicht mehr als nötig aufzufallen, werten Sicherheitsexperten den Verzicht von Holger Apfel, dem neuen Chef der Bundespartei, auf eine Ansprache bei der Demonstration am kommenden Montag. In früheren Jahren hatten Apfel und der damalige NPD-Chef Udo Voigt in Dresden Reden gehalten. Da die NPD jetzt aber auch nicht die mit ihr in Teilen verbündete Neonaziszene brüskieren will, sollen Eckart Bräuniger, Mitglied des Vorstands der Bundespartei, und Olaf Rose, der dem Gremium einst angehört hat, am Montag zu den „Kameraden“ sprechen.

„Wir hoffen, dass der rechte Spuk in diesem Jahr deutlich kleiner ausfällt“, sagte der Sprecher der Stadtverwaltung, Kai Schulz. Er sieht jedoch wie auch Sicherheitsexperten die Gefahr, dass Rechtsextremisten im Fall einer Blockade ihrer Demonstration am 13. Februar doch noch einen weiteren Aufmarsch anmelden oder andere Provokationen inszenieren. Auch in diesem Jahr ruft wieder das „Bündnis Dresden Nazifrei“, unterstützt von vielen Prominenten, zu Blockaden auf. Wegen früherer Aktionen sind gegen mehrere bekannte Nazigegner Strafverfahren anhängig. Die Polizei will am 13. wie am 18. Februar mit jeweils 4500 Beamten in Dresden präsent sein.

<http://www.pnn.de/politik/620394/>

Evangelischer Pressedienst | 07.02.2012

Diskussion über Protest gegen Neonazis in Dresden hält weiter an

Kirchen rufen für 18. Februar zu Mahnwachen und Friedengebeten auf

Dresden (epd). Die Diskussion über die Zulässigkeit der angekündigten Blockaden von Neonazi-Aufmärschen in Dresden hält weiter an. Die Bundesarbeitsgemeinschaft "Kirche und Rechtsextremismus" rief dazu auf, "nicht zwischen gutem und falschem Protest zu unterscheiden". Es gebe für alle "genug geeignete Aktivitäten von der Menschenkette bis

hin zu friedlichen Sitzblockaden", sagte der Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft, Friedemann Bringt, am Freitag in Dresden. Auch friedliche Sitzblockaden seien von den Grundrechten gedeckt. Allerdings gebe es hierzu innerkirchlich eine kontroverse Diskussion.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hatte auf ihrer Herbsttagung im November in einem "Beschluss zum Engagement gegen Rechtsextremismus" bereits Verständnis für Menschen geäußert, "die aus Gewissensgründen Neonazidemonstrationen gewaltfrei blockieren". Dies habe in der Geschichte der Bundesrepublik "mehrfach zu positiven Veränderungen in Politik und Gesellschaft geführt".

Die Dresdner Kirchengemeinden planen am Vormittag des 18. Februar unter anderem Friedensgebete sowie anschließende Bittgänge in die Dreikönigskirche und Kreuzkirche. Unter dem Motto "Bunt bewegt - Kultur für Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe" werden dort Künstler verschiedenster Genres wie die Literaten Christoph Kuhn und Volker Sielaff, der Pop-Sänger Sebastian Krumbiegel oder der Opernsänger Gunther Emmerlich auftreten, heißt es. Angekündigt sind zudem Musiker der Sächsischen Staatskapelle und des Chors der Semperoper.

Von Mittag an sollen ferner vor der katholischen St. Pauluskirche, vor der Leubener Himmelfahrtskirche und vor der Frauenkirche am Neumarkt Mahnwachen abgehalten werden. Es bleibe das Problem, dass rechtsextreme Gesinnungen weit verbreitet seien, erklärte Superintendent Albrecht Nollau vom Kirchenbezirk Dresden Nord am Freitag. Deshalb brauche es viele Menschen, die am 18. Februar durch ihre Gegenwart deutlich machten, dass sie sich gegen Rechtsextremismus engagierten.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie und eine "Untersuchungskommission 19. Februar" hatten im Zusammenhang mit den Protesten vor einem Jahr schwere Vorwürfe gegen die sächsischen Behörden erhoben. Gegner der Neonazis seien dabei von "weitreichenden und schwerwiegenden Eingriffen" in die vom Grundgesetz garantierte Versammlungsfreiheit betroffen gewesen, hieß es.

"Das Grundrecht der Demonstrationenfreiheit wurde ohne Not beseitigt", resümiert der am Donnerstag in Berlin vorgestellte Bericht der Untersuchungskommission. Ihr gehören neben Juristen auch Vertreter der Grünen, der Linkspartei und der Bundesarbeitsgemeinschaft "Kirche und Rechtsextremismus" an. Weitere Bürgerrechte seien "ohne Maß verletzt" und mit dem Neonazi-Aufmarsch eine Demonstration bevorzugt worden. Die sächsische Regierung habe sich damit verfassungswidrig verhalten.

In diesem Jahr ist nach derzeitigem Stand bislang ein Neonazi-Aufmarsch am 13. Februar als sogenannter "Trauermarsch" zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg angemeldet worden. Erwartet werden 1.000 bis 2.000 Rechtsextreme. Nach erfolgreichen Blockaden der Neonazis in den vergangenen Jahren rufen Gegner der Aufmärsche erneut zu breitem Protest mit Sitzblockaden gegen die Rechtsextremen auf.

<http://www.epd.de/landesdienst/landesdienst-ost/schwerpunktartikel/diskussion-%C3%BCber-protest-gegen-neonazis-dresden-h%C3%A4lt>

"Neue Ausgangslage"

Sachsens Landeshauptstadt Dresden bereitet sich wieder auf das Kriegsgedenken Mitte Februar vor

Dresden (epd). Sie taucht in den kommenden Tagen wohl häufiger im Dresdner Stadtbild auf: Eine kleine weiße Kunststoffrose. Tausende Exemplare liegen zum Stückpreis von zwei Euro bereit. Die Stadtverwaltung wirbt bei den Bürgern dafür, sich die Blume als sichtbares Symbol für Frieden und Toleranz an die Jacke zu heften. Derzeit bereitet sich Dresden wieder auf das jährliche Kriegsgedenken am 13. Februar vor. Seit der alliierten Bombardierung 1945 gilt die Stadt als eines der Symbole für Tod und Zerstörung.

Wie schon in den Vorjahren, mobilisiert auch die rechtsextreme Szene ihre Anhänger. Tausende Neonazis aus dem In- und Ausland ziehen seit Jahren in der Elbestadt zu sogenannten Trauermärschen für die Bombenopfer auf. Die deutsche Kriegsschuld ignorieren sie natürlich. Lange Zeit setzte Dresden dem Treiben verhältnismäßig wenig entgegen. Die Bilder und Schlagzeilen des Gedenktags bestimmten zumeist die Neonazis. Ihre Gegner von links bis konservativ fanden zunächst keine Basis für einen gemeinsamen Protest.

Doch die Aufzüge der Rechten - normalerweise ein kleinerer an jedem 13. Februar und ein größerer, bundesweiter am Samstag danach - geraten ins Stocken. Laut sächsischem Verfassungsschutz liegt dieses Jahr bislang nur eine Versammlungsanmeldung von Neonazis für den 13. Februar vor. Die Behörde rechnet mit 1.000 bis 2.000 Teilnehmern, was an den Vorjahren gemessen verhältnismäßig wenig wäre.

Die Ereignisse von 2011 hätten eine "neue Ausgangslage für das Demonstrationsgeschehen" geschaffen, sagt Behördensprecher Falk Kämpf mit Verweis auf die umfangreichen Gegenproteste. In der Tat regt sich seit einigen Jahren deutlich mehr Widerstand. 2010 rief erstmals ein breites demokratisches Bündnis zu einer Menschenkette gegen Rechts auf. Gut 15.000 Menschen kamen.

Zugleich blockierten Anhänger des linken Bündnisses "Dresden Nazifrei" den Aufzug von immerhin 6.400 Neonazis. Ähnliches gelang im Jahr darauf. Bei den Rechtsextremen sorgt dies für starken Verdruss. Verfassungsschutz-Sprecher Kämpf sagt, die rechte Szene habe bislang keine Strategie gefunden, ihre Großaufmärsche wieder erfolgreich in die Tat umzusetzen.

Die letztlich erfolgreichen Blockaden sorgen dennoch für anhaltenden Streit. CDU, FDP und die sächsischen Behörden werten die Verhinderung genehmigter Aufmärsche als Straftat. Die Polizei ging 2011 gegen die zu Tausenden angereisten Blockierer vor, es kam zu heftigen Krawallen. Im Nachgang kam sogar heraus, dass die Sicherheitsbehörden im Umfeld der Blockaden über eine Million Handydaten abgefragt hatten, auch von den überwiegend friedlichen Teilnehmern oder unbeteiligten Anwohnern.

Gerechtfertigt wurde dies mit der Verfolgung von Gewalttätern. Wegen seiner rigorosen Methoden musste sich Sachsen den Vorwurf gefallen lassen, Neonazi-Gegner zu kriminalisieren. Doch die Diskussion um die Blockaden reicht auch bis in die Kirche hinein. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus stellte sich Ende Januar hinter den erneuten Blockadeaufruf des Bündnisses "Dresden Nazifrei". Sachsens evangelischer Landesbischof Jochen Bohl schloss sich dem nicht an. Er werde als leitender Geistlicher nicht dazu aufrufen, "illegale Handlungen" zu begehen.

Trotz ihrer Differenzen stehen sich die Nazi-Gegner gar nicht mehr so unversöhnlich gegenüber. Die negativen Schlagzeilen aus dem vergangenen Jahr erhöhten den Druck

auf die sächsische Politik. Auch die Enthüllungen um das in Zwickau untergetauchte rechte Terrortrio haben zu einem Klima beigetragen, in dem erstmals auch Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) ein NPD-Verbot gefordert hat.

Neben der Menschenkette am 13. Februar planen Stadtspitze und Parteien erstmals am 18. Februar eine gemeinsame Kundgebung gegen Rechts. Die Vorbereitungen dafür liegen bei der "AG 13. Februar". Deren Moderator, Frank Richter, lehnt die Blockaden zwar ab und spricht von einem "unüberbrückbaren Gegensatz" zum Bündnis "Dresden Nazifrei". Dennoch sehen "wir uns nicht in politischer Gegnerschaft".

Obwohl es bislang keine Neonazi-Anmeldung für den 18. Februar gibt, halten die Initiatoren an sämtlichen Veranstaltungen und Demonstrationen fest. Es gehe auch um Verhinderung kurzfristiger Aufmarschversuche der Rechten, sagt ein Vertreter des Blockade-Bündnis. epd ost zip mg

<http://www.epd.de/landesdienst/landesdienst-ost/schwerpunktartikel/neue-ausgangslage>

Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 06.02.2012

Freie Presse | 06.02.2012

Bundestagsabgeordnete unterstützen Dresdener Anti-Nazi-Proteste

Linke, SPD und Grüne: Es ist wichtig, "den Neonazis keinen Millimeter Raum in Dresden zu schenken"

Berlin (dapd-lsc). Immer mehr Bundestagsabgeordnete unterstützen die geplante Blockade der Neonazi-Aufmärsche in Dresden am 13. und 18. Februar. Sevim Dagdelen (Linke), Aydan Özoguz (SPD) und Memet Kilic (Grüne) erklärten am Montag: "Nicht nur aus aktuellem Anlass, der rassistischen Mordserie der Nazi-Terrorgruppe NSU, ist es wichtig, den Neonazis keinen Millimeter Raum in Dresden zu schenken." Die Neonazis nutzten jedes Jahr erneut die Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg für ihre rassistische Propaganda, erklärten die Abgeordneten mit ausländischen Wurzeln.

Zuvor hatte unter anderen auch die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth zur Teilnahme an der Anti-Neonazi-Demonstration aufgerufen. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Bundestagsabgeordnete-unterstuetzen-Dresdener-Anti-Nazi-Proteste-artikel7897232.php>

Mitteldeutsche Zeitung | 06.02.2012 | Bernhard Honnigfort

Der Groschen ist gefallen

DRESDEN/MZ. Stanislaw Tillich scheint erwacht. "Von Dresden soll ein Signal ausgehen", fordert der sächsische CDU-Ministerpräsident. Er meint friedliche Proteste gegen die alljährlich im Februar wegen der Bombennächte 1945 anrückenden Rechtsextremisten. In Dresden dürfe es "keinen Platz für Neonazis geben", mahnte der Regierungschef kürzlich und tadelte im selben Atemzug die Bürgerschaft der sächsischen Landeshauptstadt, die nicht entschlossen genug gewesen sei, diesem Spuk von Anfang an ein Ende zu setzen. Was nicht gerade fein ist, denn für entschlossenes Auftreten ist Tillich in Sachsen auch nicht berühmt. Seit 14 Jahren meldet die rechtsextremistische "Junge Landsmannschaft Ostdeutschland" um den 13. Februar herum Demonstrationen in Dresden an. Neonazis missbrauchen seitdem den Tag, der an die verheerende Zerstörung der alten Residenzstadt durch alliierte Bombardements in den letzten Kriegswochen erinnert.

Stilles Gedenken reicht nicht mehr

Jahrelang zankte man in Dresden darüber, wie mit dem hässlichen und unerwünschten Besuch zu verfahren sei. Zunächst versuchten die Dresdner, die Umzüge der Neonazis zu ignorieren. Dann bildeten sie Menschenketten und legten Blumen nieder. Stilles Gedenken statt Krach und Blockade. Die Stadtpolitik war tief gespalten. Ein gemeinsamer Protest scheiterte an der CDU, die nicht gemeinsam mit Linken auftreten wollte. Doch schnell zeigte sich: So funktioniert es nicht, wenn - wie vor drei Jahren - 6 000 Rechtsextremisten aus halb Europa durch Dresden ziehen.

2010 und 2011 gab es erstmals scharfen Widerstand. Es gelangen Blockaden, die braunen Umzüge wurden massiv behindert. Und es kam zu schlimmen Gewalttätigkeiten. Vor allem 2011, als Neonazis ein alternatives Wohnprojekt linker Jugendlicher stürmten, als sich Neonazis und Linke mit Polizisten prügeln, 100 Beamte Verletzungen erlitten,

Läden demoliert und Autos angezündet wurden. Auch der Versuch, Protestierer und Neonazis weiträumig voneinander zu trennen, scheiterte. 2011 griffen die Sicherheitsbehörden zudem mächtig daneben, als sie über eine Million Handydaten abfragten und die Szene der Gegendemonstranten ausspionieren wollten.

Diesmal soll alles anders werden. Vor allem will Dresden geschlossen auftreten. Ein breites Bündnis tritt an, Bürger, Christen, Muslime, Juden, Gewerkschafter, Künstler, Politiker, Unternehmer, Wissenschaftler, Sportler. "Das ist eine neue Qualität", sagt Grit Hanneforth vom Kulturbüro Sachsen. Man rechnet auch mit deutlich weniger Neonazis als in vergangenen Jahren. Etwa 2 000 aus Sachsen und Umgebung, schätzt Hanneforth. Schwerpunkt werde der 13. Februar sein, nicht der 18. Februar, zu dem Anmeldungen für rechte Kundgebungen zurückzogen wurden.

Neues Bewusstsein

Es hat sich ein neues Bewusstsein in der Stadt gebildet", stellt Wilfried Schulz fest. "Viele Leute sind über ihren Schatten gesprungen. Es gibt kein Auseinanderdividieren mehr." Er ist der Intendant des Schauspielhauses.

Spätestens seit dem 4. November 2011 ist es mit der Schläfrigkeit vorbei. Seit die Mordserie der "Zwickauer Zelle" aufgefliegen ist, kommen auch Sachsens Landesregierung und Dresden nicht um mehr Klarheit herum.

<http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1327924530978&openMenu=1013016724285&calledPageld=1013016724285&listid=1018881578312>
